

# «Impfvorrat reicht bis Sonntagabend»

Erfolgt diese Woche keine Impflieferung, müssen Termine verschoben werden. Nun fordert Guido Graf vom BAG mehr Verbindlichkeit.

Roseline Troxler

350 000 Impfdosen von Moderna hätte die Schweiz Ende letzter Woche erhalten sollen. Doch lediglich 70 000 Dosen sind bisher eingetroffen, wie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Kantone am Freitag informiert hat. Als Grund wurden Probleme seitens des Impfstoffherstellers genannt.

Die Verzögerung hat auch Folgen für den Kanton Luzern: «Er erhält von dieser Teillieferung keine Impfdosen», wie es in einer Mitteilung heisst, obwohl ursprünglich 16 000 Impfdosen zugesichert worden waren. Auf Anfrage erklärt Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf: «Diese Woche reichen die vorhandenen Impfdosen noch aus, um durchimpfen zu können, während andere Kantone bereits keine Impfdosen mehr haben.» Deshalb werde Luzern im Rahmen der Teillieferung diese Woche nicht berücksichtigt.

## Impftermine diese Woche sind nicht betroffen

Sämtliche Impftermine in dieser Woche finden laut Mitteilung des Kantons unverändert statt. Guido Graf führt aus: «Der Impfvorrat des Kantons Luzern reicht bis Sonntagabend.» Die Personen mit einem Impftermin für diese Woche müssten daher nichts weiter unternehmen, sie können ihren Impftermin laut Kanton wahrnehmen.

Der Rest der Lieferung für die Schweiz, also 280 000 Impfdosen, erfolgt gemäss Angaben des BAG mit einer Woche Verzögerung. Sobald geklärt sei, ob und wie viele Moderna-Impfdosen der Kanton Luzern diese Woche aus dieser Hauptlieferung erhalte, informiere das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD), heisst es weiter. Guido Graf hofft sehr, dass die



Regierungsrat Guido Graf steht im Impfzentrum auf der Luzerner Allmend Red und Antwort.

Bild: Dominik Wunderli (23. Dezember 2021)

versprochenen 16 000 Impfdosen im Verlauf dieser Woche eintreffen. Bestätigt worden sei die Lieferung durch das BAG noch nicht. «Erhalten wir die Lieferung bis am Freitag nicht, müssen wir die Impfkapazität ab dem 26. April herunterfahren.»

Die Unsicherheit erschwere die Planung enorm und sei eine schwierige Situation. Eine weitere Lieferverzögerung würde laut dem CVP-Regierungsrat bedeuten, dass Tausende Impftermine manuell verschoben werden müssten. «Die Herausforderung dabei ist, dass wir die Impftermine nicht einfach einen Tag später durchführen können, weil die Impfzentren tags darauf

ebenfalls bereits ausgelastet sind.» Der Gesundheits- und Sozialdirektor betont sein Verständnis für die Ungeduld der Betroffenen.

## Guido Graf ärgert sich über Kommunikation des BAG

Ausserdem übt der Regierungsrat Kritik am Bundesamt für Gesundheit: «Die Situation bleibt für die Kantone höchst anspruchsvoll. Ich erwarte vom Bund, dass eine höhere Verlässlichkeit bei der Beschaffung der Impfstoffe sichergestellt wird.» Dies gelte umso mehr, als dass der Bund die Kantone am vergangenen Donnerstag aufgefordert hat, die Impfvorräte für die

Zweitimpfungen abzubauen. Guido Graf macht keinen Hehl aus seinem Ärger über die Kommunikation des BAG. «Am Donnerstag sass ich sechs Stunden lang in einer Videokonferenz mit dem BAG – ohne dass die tags darauf kommunizierte Lieferverzögerung erwähnt wurde.» Deshalb habe er am Donnerstag entschieden, die Impfzentren künftig auch am Sonntag zu öffnen. «Am Wochenende mussten wir mit der neuen Information nochmals verschiedene Varianten diskutieren.»

Auch Guido Grafs Berner Pendant, Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg (SVP), sparte jüngst nicht mit Kritik am

BAG. Er forderte gar, dass der Bundesrat dem BAG die Impfstoffentzucht und diese Privaten überträgt. Auch Guido Graf sieht beim Impfmanagement des BAG «noch viel Luft nach oben». Für ihn bräuchte es eine viel engere Begleitung. «Das BAG sollte in den Moderna-Werken vor Ort vertreten sein. Es kann nicht sein, dass der Bund erst so spät von Lieferverzögerungen erfährt.»

Kritik äussert Graf auch an den zwischen dem BAG und Moderna vereinbarten Quartalslieferverträgen. «Damit kann Moderna theoretisch noch am letzten Tag im Quartal liefern und erfüllt den Vertrag den-

noch.» Der Luzerner Regierungsrat verlangt verbindlichere Liefertermine, zum Beispiel alle zwei Wochen oder zumindest einmal pro Monat. Zur Forderung von Schnegg, das Dossier der Privatwirtschaft zu übertragen, sagt der Luzerner Magistrat lediglich: «Alle lernen in dieser Krise dazu.»

## Arztpraxen starten bald mit Impfungen

Die Verzögerungen bei der Impfstoffbeschaffung haben laut Mitteilung des Kantons Luzern keine Konsequenzen für den Impfstart in den rund 40 ausgewählten Arztpraxen im Kanton Luzern. «Sie erhalten heute Montag erstmals die bestellten Impfdosen, sodass mit den Impfungen begonnen werden kann», heisst es gestern beim GSD. Ältere Personen und chronisch kranke Personen mit höchstem Risiko können damit durch die Hausärztin oder den Hausarzt geimpft werden.

Mehrere Arztpraxen bestätigten gestern Nachmittag den Erhalt der ersten Moderna-Impfdosen. In einer ersten Phase sollen den Praxen rund 3500 Impfdosen zur Verfügung stehen. Beim Hausarztzentrum Gersag in Emmenbrücke heisst es auf Anfrage: «Mit dem Erhalt der ersten Impfdosen können wir nun die Impftermine planen.» Der Start sei für Donnerstag vorgesehen. Wird eine Ampulle geöffnet, müssen jeweils innert weniger Stunden zehn Impfungen verabreicht werden. Das sei eine Herausforderung. «Das Interesse an einem Impftermin ist gross. Es haben sich viele Patienten angemeldet.» Ausserdem werde die Warteliste von Personen abgearbeitet, welche sich bereits in den letzten Monaten gemeldet hätten. Auch weitere angefragte Praxen beginnen frühestens heute mit den Impfungen.

# Regierung will besseren Einbezug von Parlament lediglich prüfen

Die SP will mittels Motion festlegen, wie der Kantonsrat in Krisenzeiten besser eingebunden werden kann. Der Regierung geht das zu weit.

Im vergangenen Frühling legte der Ausbruch der Coronapandemie nicht nur das gesellschaftliche, sondern auch das politische Leben lahm. Die März-Session des Kantonsrats wurde kurzfristig abgesagt, auch die Mai-Session sollte gestrichen werden, wurde dann aber auf Druck von SP und Grünen schliesslich doch durchgeführt.

Dennoch kritisierten im Nachgang Politiker aller Couleur, dass der Informationsaustausch zwischen Regierung und Parlament in den ersten Wochen der Pandemie dürftig gewesen sei. «Wir mussten uns schon wehren», antwortete etwa der damalige Kantonsratspräsident Josef Wyss (CVP) im Interview mit unserer Zeitung auf die Frage, ob die Regierung das Parlament ernstgenommen habe. Zwar gab es nach der hektischen Anfangszeit wöchentliche Updates an die

Kommissionen, doch dieses Vorgehen war und ist immer noch nicht institutionalisiert.

## Regierung will rasch handeln können

Diese Lücke will die SP-Kantonsrätin Marianne Wimmer-Lötscher mit einer Motion schliessen. Sie fordert, das Parlamentsrecht sowie den Pandemieplan entsprechend anzupassen. So soll die Geschäftsleitung des Kantonsrats, in der das Präsidium des Parlaments sowie alle Fraktionschefs sitzen, nach Ausrufung einer ausserordentlichen Lage oder Notlage einberufen werden. «Die Geschäftsleitung des Kantonsrates fungiert während Krisenzeiten als Schnittstelle zwischen Regierung und Parlament. Es findet ein regelmässiger Austausch mit der Regierung statt», heisst es. Zudem soll geregelt werden, wie die Kommis-

## «In der Krise ist es zu einer Machtverschiebung gekommen.»



Marianne Wimmer-Lötscher SP-Kantonsrätin

sionen ihre Arbeit während einer Krise weiterführen können.

In ihrer Antwort schreibt die Regierung, das Luzerner Staatsrecht kenne «kein Notstandsverfahren mit Beteiligung des Kantonsparlaments. Die Regelung von ausserordentlichen Lagen liegt in der Kompetenz der Exekutive.» Daran soll sich nichts ändern, geht es nach der Regierung. Sie beantragt, die Motion als Postulat zu überweisen. Damit würde aus einem zwingenden Auftrag zur Überarbeitung der Gesetzgebung lediglich ein Prüfauftrag.

«Die autonome Zuständigkeit und Kompetenz unseres Rats sind in solchen Krisensituationen unabdingbar, um entsprechend handlungsfähig zu sein», begründet die Regierung ihre Haltung. Sie schreibt aber auch: «Unser Rat anerkennt die Anliegen der Motionäre und

sieht den Bedarf, die Prozesse und Abläufe hinsichtlich des Einbezugs des Parlaments zu evaluieren.» Die Regierung stellt in Aussicht, den Einbezug des Parlaments im bereits in Auftrag gegebenen Rechenschaftsbericht zur Coronapandemie zu «evaluieren».

## Kantonsrat kommt im Pandemieplan nicht vor

Für Marianne Wimmer reicht eine Evaluation nicht. «Wir halten an der Motion fest», sagt sie auf Anfrage. Eine Abhandlung über den Rechenschaftsbericht sei zu wenig konkret und werde dem Anliegen nicht gerecht. Zwar anerkenne sie, dass die Regierung am Anfang einer Pandemie Verantwortung übernehmen müsse, sagt Wimmer. Aber: «Uns ist es wichtig, dass Lösungen breit abgestützt sind. Man hat im Verlauf der Pandemie ge-

sehen, dass Entscheidungen der Regierung vom Parlament und der Bevölkerung nicht immer verstanden und auch nicht mehr mitgetragen worden sind.»

Übrigens: Im aktuell gültigen Pandemieplan des Kantons Luzern, der aus dem Mai 2018 stammt, wird der Kantonsrat mit keinem Wort erwähnt. Auch in der aufgeführten «Liste der relevanten Akteure im Kanton» findet das Parlament nicht statt.

Wimmer sagt: «In der Krise ist es zu einer Machtverschiebung gekommen. Das Parlament konnte seinen Auftrag als Gesetzgeber und Aufsichtsorgan nicht mehr wahrnehmen.» Die zentrale Rolle des Parlaments soll anerkannt werden. Und: «Es hilft auch der Regierung, wenn Entscheidungen breit abgestützt sind.»

Dominik Weingartner